

SUCHE

CARTA

POLITIK, ÖKONOMIE, DIGITALE ÖFFENTLICHKEIT

Schattierungen der Linken

NIKOLAUS KOWALL | 23.02.2015 | 6 KOMMENTARE ●

In der Hitze des politischen Tagesgefechts schmeißen Politik wie Medien mit politischen (Kampf-) Begriffen um sich – und verfehlen ihr Ziel oft so weit, dass nicht einmal mehr vom Stilmittel der Übertreibung gesprochen werden kann. Wann ist eine politische Gruppierung eigentlich linksextrem, linksradikal oder sozialistisch? Eine kleine Orientierungshilfe im Dschungel politischer Brandmarkungen.

Die Kampagne gegen die „radikal-linke“ Syriza in der deutschen Presse übertrifft die schlimmsten Erwartungen (siehe [Misik](#) und [Misik](#)): Eine [populistische Einheitsfront](#) aus Links- und Rechtsradikalen wird imaginiert, während gleichzeitig beklagt wird, dass die [gemäßigte Mitte](#) immer mehr an Terrain verliere. Wer die Austeritätspolitik in Frage stellt, gilt als Radikaler am linken oder rechten Rand. Es wird gar spekuliert ob Tsipras die griechischen [Medien gleichschalten](#) wolle. In der österreichischen Presse wurde Syriza als [linksextrem](#) verunglimpft, einer Diktion der sich der [Generalsekretär](#) der Österreichischen Volkspartei ([ÖVP](#)) gerne anschloss. Auf der anderen Seite wollen sowohl SozialdemokratInnen (z.B. in [Frankreich](#) oder [Österreich](#)), als auch deutlich links davon stehende AkteurInnen (z.B. in [Spanien](#), [Frankreich](#) oder [Österreich](#)) Syrizas Erfolg als Aufbruch für ihre Ideen verstanden wissen. Bei all der Verwirrung stellt sich die Frage, wann ist eine politische Gruppierung eigentlich linksextrem, linksradikal, sozialistisch oder sozialdemokratisch? Für alle, die es differenziert mögen, skizziert der folgende Text eine Abgrenzung verschiedener Lager links der Mitte. Gegen Ende wird die Frage aufgeworfen, wo Syriza letztlich einzuord-

nen ist.

Lager 1: Linker Extremismus

Was sagt **Wikipedia** über Linksextremismus? „*Linksextremismus* ist ein Sammelbegriff für verschiedene kommunistische und anarchistische Strömungen und Ideologien innerhalb der politischen Linken, die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat ablehnen und durch eine egalitäre Gesellschaft – unter Anwendung zum Teil terroristischer Mittel – ersetzen wollen.“

Das bedeutet in Opposition zur parlamentarischen Demokratie tritt der Linksextremismus als Terrorgruppe in Erscheinung. Beispiele dafür sind linke Terrorzellen wie einst die RAF in Deutschland, die Montoneros in Argentinien und die Roten Brigaden in Italien. Man kann Linksextremismus auch im Rahmen der Totalitarismustheorie als Staatsterrorismus diskutieren. Hanna Arendt, definiert mehrere **Charakteristika** totalitärer Herrschaft, darunter Terror und Massenmord. Beispiele für totalitäre Herrschaften sind die Sowjetunion unter Stalin, Kambodscha unter Pol Pot oder China unter Mao. Linksextremismus bedeutet also letztlich die Anwendung von Terror zur Erreichung radikal egalitärer Ziele.

Der globale Linksextremismus ist heute ziemlich tot. Bis auf die bizarre Herrschaft über Nordkorea, gibt es keine linksextremen Diktaturen mehr. In Europa ist die extreme Linke völlig inexistent, der letzte Mord der RAF liegt 24 Jahre zurück. Den hier definierten Kriterien folgend, ist auch die kurdische PKK formal als linksextrem einzustufen. Daran zeigt sich allerdings, dass eine rigorose Kategorisierung schwierig ist. Die Anwendung von Terror in parlamentarischen Demokratien ist schwer vergleichbar mit der Anwendung von Terror gegen repressive Regimes.

Lager 2: Linker Radikalismus

Wieder **Wikipedia**: „Etymologisch stammt der Begriff Radikalismus von lat. radix (‚Wurzel‘), bezieht sich also auf den grundlegenden und fundamentalen Charakter der von Linksradikalen angestrebten, meist revolutionären gesellschaftlichen Veränderungen.“ Das bedeutet der Linksradikalismus möchte radikal egalitäre Ziele über einen revolutionären Weg herbeiführen. Faktisch sind das KommunistInnen und AnarchistInnen, wie einst die kommunistischen Revolutionäre auf Kuba, die anarchosyndikalistische CNT im spanischen Bürgerkrieg oder die Tito-Partisanen in Jugoslawien.

Aus den zahlreichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts geht hervor, dass dieses Lager sich bei der Verwirklichung seiner radikalen Ziele nicht mit Kompromissen herum-

schlagen kann. Ein späterer Machtverlust durch Wahlen an die ehemalige herrschende Klasse ist nicht Teil der historischen Mission. Wo die radikale Linke an die Macht kommt, errichtet sie eine Diktatur. Der Linksextremismus an der Macht bringt eine totalitäre Herrschaft hervor, der Linksradikalismus eine autoritäre. In beiden Fällen folgen eine Verstaatlichung des Wirtschaftslebens sowie eine enorme Machtkonzentration bei der herrschenden Nomenklatura. Gesellschaftspolitisch tendieren alle Diktaturen aufgrund der politischen Enge rasch dazu, reaktionär zu werden.

Die radikale Linke herrscht nur noch auf Kuba. Selbst in Venezuela gibt es Wahlen und der sozialistische Präsident Maduro konnte sich 2013 nur mit einer hauchdünnen Mehrheit durchsetzen. In Europa ist die radikale Linke als politischer Faktor fast bedeutungslos, sämtliche relevante Parteien die sich als (reform-)kommunistisch bezeichnen sind mittlerweile demokratisch, wie etwa die französische oder die österreichische KP. Die KKE (die kleine griechische KP) ist ein seltenes Relikt der revolutionären Linken in Europa. Das schrumpfende Milieu der außerparlamentarischen radikalen Linken in Europa ist sehr heterogen. Ein Teil nimmt eine „Diktatur des Proletariats“ als politische Notwendigkeit in Kauf, ein anderer Teil hofft gegen die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, auf ein radikaldemokratisches Utopia nach der Revolution.

Übergang zwischen Radikalismus und Extremismus

Der Wunsch einer linksextremen Zelle ist es, zu einer radikalen Bewegung zu werden, weshalb es im Auge des Betrachters liegt, ob jemand ein Terrorist oder ein Revolutionär ist. Aus vielen radikalen Bewegungen wurden wiederum totalitäre Gewaltherrschaften, etwa die siegreichen Bolschewiki in der Sowjetunion. Die Grenzen zwischen „extrem“ und „radikal“ sind also fließend. Eine orthodoxe Interpretation kommunistischer Totalherrschaft kann man als extrem beziehungsweise totalitär bezeichnen und Stalin, Mao, Pol Pot oder die koreanische Kim-Dynastie in diese Kategorie zählen. Als radikal beziehungsweise autoritär kann man die nicht-totalitären kommunistischen Diktaturen wie Kuba, oder viele osteuropäische Diktaturen vor 1989 bezeichnen. Hanna Arendt bezeichnet die Sowjetunion von 1966 **nicht mehr als totalitär**. Die totalitäre Phase sei mit Stalins Tod 1953 zu Ende gegangen. Gemäß dieser Logik wird auch der **Totalitarismusbegriff** für die DDR abgelehnt. HistorikerInnen sehen in der Anwendung des gleichen Begriffs auf die DDR und das NS-Regime eine „**Trivialisierung der Nazidiktatur**“. In der DDR betrug die Gesamtzahl der politischen Todesopfer – politische Morde und Mauertote – **einige hundert Menschen**. Das ist eine andere Dimension als die **Millionen von Opfern** des Stalinismus oder des NS-Regimes.

Auf Basis der Definitionen von Hanna Arendt lässt sich eine autoritäre Diktatur von einer totalitären Diktatur durch Charakteristika wie Terror und Massenmord unterscheiden. Damit ist auch die Grenze zwischen einer radikalen und einer extremen

Herrschaft gezogen. Der rumänischen Langzeitdiktator Ceaușescu ist folglich ein Grenzfall. Dieser brutalsten Diktatur unter den sowjetischen Satellitenstaaten sind alleine bei der Revolution 1989 über 1100 Menschen zum Opfer gefallen.

Lager 3: Demokratischer Sozialismus

Der Graben zwischen der radikalen Linken und der demokratischen Linken ist viel tiefer, als die gemeinsamen historischen Wurzeln vermuten lassen. Das radikale Spektrum trachtet nach einer Vergesellschaftung des Eigentums mittels eines revolutionären Umsturzes der Verhältnisse. Das sozialistische Lager strebt zwar das gleiche Ziel an, aber mittels eines evolutionären Prozesses. Der Sozialismus soll über demokratische Wege erreicht werden. Er soll durch die Demokratisierung der Produktion gar demokratischer werden als die „bürgerliche Demokratie“. Auch wenn dieses Ziel zeitlich weit entfernt sein mag, ist die Rhetorik antikapitalistisch, und dieses Bekenntnis ist für demokratische SozialistInnen auch bedeutsam. In Ecuador, Bolivien und Venezuela sind sozialistische Präsidenten im Amt und ihre jeweiligen Parteien verfügen über absolute Mandatsmehrheiten in den Parlamenten. Diese Regierungen werden wohl irgendwann durch demokratische Machtwechsel abgelöst werden, wenngleich Venezuela zunehmend **autoritäre Züge** annimmt. Die radikale Linke spielt von vornherein in einer anderen Liga. Weil eine Revolution keine demokratische Machtübernahme ist, sind auch danach Wahlen keine Option.

Im 20. Jahrhundert haben sich die großen ideologischen Spektren Faschismus, Kommunismus und liberale Demokratie herausgebildet. Der demokratische Sozialismus ist letztlich Teil des liberal-demokratischen Spektrums, selbst wenn er dort am linken Rand positioniert ist. Beispielsweise war Norwegen 1949 unter den Gründungsländern der NATO, obwohl die sozialistische „Arbeiderpartiet“ mit absoluter Mehrheit regierte. Die Sozialistische Jugend Österreich wurde in der Nachkriegszeit großzügig mit Mitteln des CIA bedacht, weil selbst sozialistischen Parteien von den USA als (ferne) Verbündete gegen den Kommunismus begriffen wurden. Deshalb gehören zumindest europäische SozialistInnen historisch gesehen zum „Westen“ und letztlich waren es die USA, die ihnen im Kalten Krieg Meinungs- und Handlungsfreiheit garantierten. In der DDR wurden SPD-AnhängerInnen hingegen systematisch verfolgt. Die Klammer, die demokratische SozialistInnen und marktliberale Reaktionäre in einem Spektrum zusammenhält, ist die Anerkennung der Demokratie.

Lager 4: Sozialdemokratie

Bewegt man sich weiter von links Richtung Mitte, stößt man auf die politische Familie der Sozialdemokratie. Während der demokratische Sozialismus nach einer Evolution

der Gesellschaft strebt, an deren Ende die Vergesellschaftung der Wirtschaft steht, sind die Ziele der Sozialdemokratie weit weniger grundsätzlich. Auch sie strebt einen evolutionären Veränderungsprozess an, sieht aber kein Endziel am Horizont. Der Erhalt einer offenen Gesellschaft und der soziale Ausgleich können nur durch permanente Reformen garantiert werden. Dabei entwickelt die Sozialdemokratie eine kapitalismuskritische Einstellung, ohne den Kapitalismus pauschal zu verurteilen. So lange wir in kapitalistischen Marktwirtschaften leben, müssen deren Missstände erkannt und entsprechende Reformen eingeleitet werden. Die Stoßrichtung ist ihr wichtiger als ein Endziel. Reformen können dabei so stark systemverändernd wirken, dass man von verschiedenen Kapitalismen sprechen kann (zum Beispiel Schweden 1980 vs. USA 2015). Genau in diesen Unterschieden sieht die Sozialdemokratie das Potential für politischen Handlungsspielraum.

Beispiele für klassisch sozialdemokratische Bewegungen sind die **deutsche** SPD und die **österreichische** SPÖ der Nachkriegsjahrzehnte bis in die 1980er-Jahre, der New Deal unter **Roosevelt** 1933-1945 oder der Aufbau des **nordischen Modells** durch die skandinavische Arbeiterparteien von den 1930er-Jahren bis in die 1980er-Jahre. Zeitgenössische Regierungen die als sozialdemokratisch eingeordnet werden können sind die Regierung Rouseff in Brasilien oder die Regierung Mujica in Uruguay.

Die Vergesellschaftung der Ökonomie ist kein Ziel der Sozialdemokratie, wenngleich sie zentrale Bereiche wie Pensionen, Gesundheit oder Bildung öffentlich organisiert sehen möchte. Welche Güter öffentlich produziert werden sollen, hängt oftmals von praktisch-funktionellen Erwägungen ab. Wenn Private besser Autos bauen, dann machen das Private, wenn der Staat eine bessere Gesundheitsversorgung für alle garantieren kann, dann soll das der Staat machen. Weitere Bereiche, in denen staatliche Aktivität oder Regulierung gerne gesehen werden, sind der Wohnungsbau, Banken und Finanzmärkte, die Energieversorgung oder der öffentliche Verkehr. Gesellschaftspolitisch ist die Sozialdemokratie (wie übrigens auch der demokratische Sozialismus) fortschrittlich. Die Wirtschaftspolitik orientiert sich an einer keynesianischen Steuerung der Konjunktur durch staatliche Eingriffe. Ebenfalls zentral ist die Verteilung. Eine einigermaßen egalitäre Verteilung der Einkommen und Vermögen soll durch Gewerkschaften garantiert werden, der Staat soll über die Steuerpolitik korrigierend nachbessern. In der Konzentration von Eigentum in den Händen einiger weniger sieht die Sozialdemokratie eine Gefahr für die Demokratie.

Lager 5: Sozialliberalismus

Zuletzt werden die sozialliberalen Parteien oftmals dem linken Spektrum zugeordnet. Der Begriff ist wenig etabliert, regelmäßig werden die 1971 beschlossenen **Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik** der FDP damit in Verbindung gebracht. Man kann

den Sozialliberalismus als dritten Weg zwischen der Sozialdemokratie und dem Neoliberalismus begreifen. Das in diesem Geiste benannte Buch „The Third Way“ (1997) von Anthony Giddens ist nichts weniger als die theoretische Untermauerung der **sozialliberalen Ausrichtung** der britische Labourparty unter Tony Blair. In den 1990er-Jahren transformierten sich viele namentlich sozialdemokratische Parteien in Richtung Sozialliberalismus, manche, wie die SPD unter Schröder, sogar noch darüber hinaus. Bei den US-DemokratInnen haben sich in den letzten 25 Jahren starke sozialliberale Strömungen etabliert. Ebenso bei vielen grünen und linksliberalen Parteien in Europa.

Bei Sozialliberalen sind gesellschaftspolitische Themen wie Gleichstellung (Ethnie, Geschlecht, sexuelle Orientierung etc.) oder Bürgerrechte stärker akzentuiert. Sie lehnen eine pauschale Austeritätspolitik ab und stehen einer Steuerung der Konjunktur durch den Staat positiv gegenüber. Sie sind jedoch skeptisch, was direktes staatliches Engagement in der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen betrifft, und wünschen sich in der Regel einen kleineren öffentlichen Sektor als die Sozialdemokratie. Den öffentlichen Sektor selbst möchten sie effizient gestaltet und betriebswirtschaftlich organisiert sehen. Die Verteilungsfrage spielt für Sozialliberale keine große Rolle. Sie stehen jedoch sozialpolitischen Maßnahmen in der Regel offen gegenüber, wollen diese aber mit klaren Maßnahmen Richtung Qualifizierung verknüpft sehen. Der Arbeitsmarkt gilt als das entscheidende Instrument zur sozialen Integration. Bis zur Wirtschaftskrise standen Sozialliberale einem liberalisierten Finanzsektor indifferent gegenüber, seit damals streben sie Reformen und Steuern zu seiner Bändigung an.

Selbstbezeichnungen von linken Parteien

Es ist ein Merkmal der Linken, dass sie sich linkere Bezeichnungen gibt als sie tatsächlich ist. Die Anhängerschaft **der französische KP** von heute sind maximal SozialistInnen, die namentlich sozialistischen Linksparteien Skandinaviens sind sozialdemokratisch (wie auch der Mainstream der deutschen Linkspartei). Die meisten namentlich sozialdemokratischen Parteien in Europa rangieren irgendwo zwischen sozial- und neoliberal. Die österreichische SPÖ hat sich 1991 von Sozialistische Partei in Sozialdemokratische Partei umbenannt. Diese namentliche Korrektur an die politischen Realitäten kam **just zu einer Zeit**, als aus einer sozialdemokratischen eine sozialliberale Partei wurde. Damit ist die Kohärenz immer noch eher gegeben als in Frankreich, Spanien oder Portugal, wo die sozialliberal ausgerichteten Parteien nach wie vor Sozialistische Parteien heißen. Die namentlich radikale Syriza ist wohl zwischen sozialistisch und sozialdemokratisch einzuordnen. Ihr wichtigstes politisches Ziel ist sogar noch deutlich gemäßigter.

Die wesentlichen politischen Auseinandersetzungen in Europa spielen sich derzeit

zwischen sozial- und neoliberalen Ideen ab. Es geht primär um die Frage ob eine staatliche Steuerung der Konjunktur legitim ist, wobei Neoliberale unbedingt an ihrem Dogma festhalten wollen, dass Konjunkturpakete nur Strohfeuer sind. Da sind Sozialliberale anderer Auffassung, weshalb Tsipras aus dem angelsächsischen Raum ([New York Times](#), [Guardian](#), [Obama](#) persönlich) und aus der Wirtschaftsfachwelt ([Forbes](#), [Wall Street Journal](#), Nobelpreisträger [Krugman](#) persönlich) unerwartete Schützenhilfe erhält. Dass in dieser zentralen wirtschaftspolitischen Frage viele namentlich sozialdemokratische Parteien nicht sozialliberal, sondern neoliberal positioniert sind, zeigt wie wenig geschlossen diese Parteienfamilie heute ist. Tsipras kämpft für eine sozialliberale Position, die etwa bei den US-Demokraten Konsens ist und vor wenigen Jahrzehnten sogar noch bei europäischen Konservativen absolut salonfähig war. Zusätzlich plant der griechische Regierungschef noch einige sozialdemokratische Reformen wie die Ausweitung des öffentlichen Sektors und die Anhebung des Mindestlohns. Diese Forderungen werden von KommentatorInnen mit Radikalismus und Extremismus in Verbindung gebracht. Wir erinnern uns nochmals:

„*Linksextremismus* ist ein Sammelbegriff für verschiedene kommunistische und anarchistische Strömungen und Ideologien innerhalb der politischen Linken, die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat ablehnen und durch eine egalitäre Gesellschaft – unter Anwendung zum Teil terroristischer Mittel – ersetzen wollen.“

Nur weil es semantisch leicht ist Tsipras und seine Syriza anzugreifen, ist es noch lange nicht legitim, geschweige denn redlich.

Möchten Sie regelmäßig über neue Texte und Debatten auf Carta informiert werden? Folgen (und unterstützen) Sie uns auf [Facebook](#) und [Twitter](#).

Schlagwörter: [Autoritarismus](#), [CIA](#), [DDR](#), [Demokratischer Sozialismus](#), [Diktatur](#), [Griechenland](#), [Hanna Arendt](#), [Josef Stalin](#), [Kuba](#), [Linke](#), [Linksextremismus](#), [Linksradikalismus](#), [Nordkorea](#), [PKK](#), [RAF](#), [Rote Brigaden](#), [Skandinavien](#), [Sozialliberalismus](#), [Sowjetunion](#), [Sozialdemokratie](#), [Sozialismus](#), [Staatsterrorismus](#), [Syriza](#), [Terrorismus](#), [Totalitarismus](#), [Venezuela](#)

Ähnliche Artikel



Twittern

Gefällt mir 147

 Teilen 0

 **6 KOMMENTARE**

SIE MÖCHTEN DIESEN TEXT KOMMENTIEREN?

Ihr Name

Pflichtangabe

Ihre E-Mail-Adresse

Pflichtangabe

Ihre Webseite

Optional

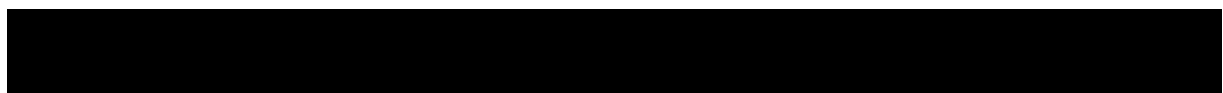
Alternativ via Facebook oder Twitter einloggen:

Signin with Twitter

Ihr Kommentar (**Kodex**)

Ich möchte per E-Mail über weitere Kommentare benachrichtigt werden.

Benachrichtige mich über neue Beiträge via E-Mail.





Lusrü | 08.03.2015 | 21:48 Uhr

Danke Herr Kowall für diese Arbeit, sie war überfällig.

An den zusammengestellten Fakten, Ansichten und Bewertungen des Autors dazu kann ich in diesem Umfang und Kontext keine Veränderungswünsche etablieren.

Die Darstellung erhebt somit den Anspruch auf eine Standardbeschreibung, die bisher in dieser Form und in diesem Spektrum samt Ordnung der Aufeinanderfolge von sich determinierenden und ausschließenden Zusammenhängen nicht zur Verfügung steht.

Sie kann, besser sollte den Politikern und denen, die sich dafür halten, und denen, die sich für politische Journalisten halten oder einen solchen Auftrag zu erfüllen haben, im besonderen den reichlich vorhandenen Chefredakteuren aber auch ALLEN Parteiaktiven unter das Kopfkissen gelegt werden, um das unfruchtbare und damit unbrauchbare gegenseitige gezielte Mobben mit völlig verfehlten Zuordnungen dem Untergang zu empfehlen.

Und nach der Lobesrede nun das Problem:

Solange wir nicht über einen paßfähigen Vorspann gleicher Präzision und Gedankenstärke zu dieser Darstellung verfügen, in der in ähnlicher Weise die politischen Beschreibungen von „links“ und „rechts“, von „sozial“, „liberal“, von „konservativ“ und „progressiv“ nicht daneben, auch davor, liegen haben, wird sich nichts bewegen, ordnet sich diese hier vorliegende saubere Differenzierung und Kompensation zugleich nicht in das politische Alltagsleben ein, bleibt der Zustand, daß sich links wählende (nennende) stets linker einordnen, als sie bewerkstelligen wollen und können, hingegen alle anderen nur mit diversen „rechts“-Abstufungen bedacht werden – und alles natürlich auch umgekehrt.

Die nur aus einer zufälligen ReichstagsPlatzanordnung entstandene Orientierung mit „rechts“ und „links“ hätte seinerzeit auch völlig umgekehrt erfolgen können, so daß damit erwiesen ist, daß die politischen Begriffe „rechts“ und „links“ ihrem Wesen nach inhaltsbefreite Richtungsangaben sind, die eigentlich gegenwärtig nur – und das willkürlich und oft verfehlt weil unverstanden – mißbraucht werden, es sei denn, sie füllen sich mit Inhalten, die ihrer Parlaments-lokaliserten Herkunft auch entsprechen, was heißt:

Von Links bis rechts haben wir den demokratischen (!) Bereich von Politik, inklusive der der jeweils radikalen bis zur jeweils liberalen oder jeweils konservativen Spielart, und erst außerhalb dieses Rahmens befinden sich die vielfältigen Extremisten, die der Demokratie nicht folgen wollen.

.....

 **Markus Tödter** | 27.02.2015 | 18:26 Uhr

Wie bereits angemerkt, steht New Labour für eine starke Liberalisierung des Finanzmarktes. Deren Anteil am starken Wirtschaftsaufschwung im Vereinigten Königreich sollte nicht unterschätzt werden.

Auch die Aussage „die Einkommensungleichheit war mindestens stabil“ kann man positiv sehen. Man kann aber auch nach der Katastrophe Thatcher-Major einwenden, dass New Labour nichts an der ungerechten Verteilung geändert hat.

 **Nikolaus Kowall** | 27.02.2015 | 13:18 Uhr

Hallo, das halte ich für ein weit verbreitetes Missverständnis „auf dem Kontinent“. Es war Rot-Grün in Deutschland das die Kohl-Blüm CDU bei neoliberalen Reformen überholt hat, bei New Labour ist das Bild differenzierter. Die Regierung Blair 1999 hat den Mindestlohn eingeführt und jährlich stärker erhöht als den Durchschnittslohn. Die öffentlichen Investitionen wurden unter New Labour verdreifacht (1997: 0,7% am BIP, 2007 2%) und breite Sozialprogramme wie Negativsteuern und child tax credits wurden eingeführt. Die Arbeitslosenquote war stark und die Armutsquote leicht rückläufig, der Anteile der Löhne am Volkseinkommen stieg leicht an und die Einkommensungleichheit war mindestens stabil. Bei Finanzmarktliberalisierung und Bildungspolitik schaut es natürlich anders aus, aber in der Wirtschafts- und Sozialpolitik kann man New Labour sicher nicht als neoliberal einstufen:

<http://blog.kowall.eu/daten/vwl/Kowall%282008%29Diplomarbeit-UK.pdf>

 **Markus Tödter** | 26.02.2015 | 18:11 Uhr

New Labour unter Blair = sozialliberal?
Die haben doch Kohls CDU rechts überholt.

**Art Vanderley | 24.02.2015 | 21:49 Uhr**

Was hier als seltsamerweise als sozialliberal beschrieben wird , ist tatsächlich neoliberal , in einer etwas abgeschwächten Form.

Die Arbeitsmarktpolitik der der „neuen Sozialdemokratie“ ist mit Liberalismus unvereinbar .

**Carla die Wilde | 23.02.2015 | 21:30 Uhr**

Die Kategorisierung ist gut brauchbar, die Mobilität von Personen wurde aber nicht beleuchtet und ist sehr spannend. Viele haben ja als radikale Linke begonnen und sind dann die hier beschriebenen Stadien durchlaufen. Andere haben sich nach dem Platzen ihrer utopischen Träume gar nicht die Mühe gemacht einer realistischeren Spielart der Linken eine Chance zu geben, sondern sich gleich in eine Bank vertschüsselt und das zugehörige ideologische Unterfutter aus der Welt des Neoliberalismus mit eingekauft.

Nikolaus Kowall (*1982) ist Projektmitarbeiter am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf und Lektor [...]

**AUTOR/IN ABONNIEREN****KOMMENTARE ABONNIEREN****ARTIKEL AUF TWITTER TEILEN****ARTIKEL AUF FACEBOOK TEILEN**



CARTA-KAFFEEKASSE



UNTERSTÜTZEN SIE CARTA MIT EINER SPENDE

WAS IST CARTA?

DOSSIERS

IMPRESSUM

VEREIN

DATENSCHUTZ

NEWSLETTER

KOMMENTARKODEX

ZUM SEITENANFANG

